**Anfrage mit Vorrang zur schriftlichen Beantwortung P-003902/2025**
**an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
**Cristina Guarda (Verts/ALE), Estelle Ceulemans (S&D), Lena Schilling (Verts/ALE), David Cormand (Verts/ALE), Anja Hazekamp (The Left), Per Clausen (The Left), Murielle Laurent (S&D), Marie Toussaint (Verts/ALE), Sebastian Everding (The Left), Daniel Freund (Verts/ALE), Benedetta Scuderi (Verts/ALE), Jonas Sjöstedt (The Left), Tilly Metz (Verts/ALE), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Jutta Paulus (Verts/ALE), Sara Matthieu (Verts/ALE), Katrin Langensiepen (Verts/ALE), Kai Tegethoff (Verts/ALE), Christine Singer (Renew), Pierre Jouvet (S&D), Martin Häusling (Verts/ALE), Majdouline Sbai (Verts/ALE), Ignazio Roberto Marino (Verts/ALE), Sigrid Friis (Renew)**

Betrifft: Interessenkonflikt bei der Regulierung von PFAS

Jüngsten Enthüllungen von Journalisten[1] zufolge gibt es möglicherweise einen Interessenkonflikt, der das Beratungsunternehmen Ramboll betrifft, das angeblich gleichzeitig für die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und für große Produzenten von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) tätig war.

Laut diesem Artikel empfahl Ramboll den europäischen Institutionen im Jahr 2020, petrochemischen Unternehmen zehn Jahre Zeit einzuräumen, um PFAS in Feuerlöschschaum durch anderen Substanzen zu ersetzen. Dieser Übergangszeitraum wurde daraufhin mit einer weiteren Ausnahmeregelung bis Dezember 2025 in das EU-Recht aufgenommen.

Bei PFAS handelt es sich um persistente, toxische und bioakkumulierbare Chemikalien mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt. Die EU hat im Rahmen der Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) einen Vorschlag zur allgemeinen Beschränkung von PFAS vorgelegt[2], bei dem ein Höchstmaß an Transparenz und wissenschaftlicher Unabhängigkeit erforderlich ist, denn die europäischen Institutionen könnten an Glaubwürdigkeit einbüßen, wenn ihre Entscheidungsprozesse von Beratern beeinflusst werden, die Verbindungen zu der betreffenden Branche unterhalten.

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, um die vertraglichen Beziehungen zwischen Ramboll, ECHA und PFAS produzierenden Unternehmen zu überprüfen, und wie gedenkt sie für unabhängige wissenschaftliche Bewertungen in der PFAS-Regulierung zu sorgen?

2. Hält die Kommission an dem Vorschlag einer allgemeinen Beschränkung gemäß dem Vorsorgeprinzip und dem Null-Schadstoff-Ziel[3] fest?

3. War der Kommission bekannt, dass sich die Empfehlung der ECHA zu Feuerlöschschaum auch auf Gutachten von Sachverständigen und Beratern, einschließlich Ramboll, stützte, und wie bewertet sie diesen Umstand im Hinblick auf potenzielle Interessenkonflikte?

---

1 „EU hired ‘forever chemicals’ adviser that lobbied for industry“, Alice Hancock, Financial Times, 24. September 2025.

2 https://echa.europa.eu/de/hot-topics/perfluoroalkyl-chemicals-pfas

3 Mitteilung der Kommission vom 12. Mai 2021 mit dem Titel: „Auf dem Weg zu einem gesunden Planeten für alle, EU-Aktionsplan: ‚Schadstofffreiheit von Luft, Wasser und Boden‘“ (COM/2021/400, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52021DC0400)

Eingang: 3.10.2025